



LPVG-Reform muss den Landtag bis zur Sommerpause passieren

Am 29. März hat die Landesregierung den überarbeiteten Entwurf zur Novellierung des LPVG vorgelegt. Am 14. April wurde das Gesetz erstmals im Landtag beraten. Die GdP dringt darauf, dass das neue Mitbestimmungsrecht, wie von der Landesregierung angekündigt, tatsächlich bis Ende Juni verabschiedet wird. Dann würde es bereits bei den Vorbereitungen für die Personalratswahl 2012 greifen.

Die Gewerkschaft der Polizei war – über den DGB – in den Prozess eingebunden, mit dem die Gewerkschaften versucht haben, in Gesprächen mit dem Innenministerium und den beiden Regierungsfractionen ihre Vorstellungen für

nehmen. Auch die Durchsetzbarkeit von Titeln der Personalvertretung soll nicht ins LPVG hineingenommen werden. Die GdP bedauert zudem, dass in Paragraph 1 Abs. 3 die 2007 von Schwarz/Gelb verschärfte Regelung zur Schaffung von

kehr zur Rechtslage von vor 2007. Das Recht des Dienststellenleiters, einen Antrag auf Ausschluss eines PR-Mitgliedes zu stellen (§ 25) ist ebenfalls nicht mehr in dem Entwurf enthalten.

Bei den Mitbestimmungstatbeständen fällt aus Sicht der GdP trotz ihrer deutlichen Ausweitungen negativ auf, dass hinsichtlich der Einstellung und der Wohnungswahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter das Mitbestimmungsrecht des Personalrates weiterhin ausgeschlossen bleibt. Ebenso sollen die Abmahnungen auch künftig nicht mitbestimmungspflichtig sein. Zudem konnte sich die Landesregierung nicht dazu durchringen, das Evokationsrecht bei Dienstvereinbarungen aus dem Gesetzestext zu streichen

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hatte auf dem Landesdelegiertentag der GdP im April 2010 angekündigt, dass ein „Mitbestimmungsrecht auf Augenhöhe“ installiert und NRW wieder „Mitbestimmungsland Nr. 1“ werden soll. Gemessen an diesen hohen Ansprüchen bleibt der jetzt vorgelegte Entwurf hinter den Erwartungen zurück. Die GdP will deshalb versuchen, im jetzt folgenden parlamentarischen Beratungsverfahren noch einige Verbesserungen durchzusetzen. Trotzdem bleibt anzuerkennen, dass bereits der Gesetzentwurf einen deutlichen Fortschritt gegenüber dem von Schwarz/Gelb zusammengestrichenen Mitbestimmungsrecht darstellt. Die GdP dringt deshalb darauf, dass die Reform des LPVG bis zur parlamentarischen Sommerpause „unter Dach und Fach“ ist. Dadurch wäre sichergestellt, dass bereits die Vorbereitungen der Personalratswahlen 2012 auf der Grundlage eines LPVG erfolgen könnten, das diesen Namen auch verdient.



1977 hatte die damalige schwarz/gelbe Landesregierung die Axt an die Mitbestimmungsrechte im öffentlichen Dienst gelegt. Rot/Grün will die Eingriffe wieder rückgängig machen.

ein neues LPVG in den Gesetzestext einfließen zu lassen. Zwar sind auch im aktuellen Entwurf nicht alle Gewerkschaftsforderungen umgesetzt, aus Sicht der GdP enthält der neue Entwurf aber wesentliche Verbesserungen gegenüber dem ersten Entwurf vom Dezember vergangenen Jahres. Zur Kritik im Einzelnen: Leider konnte sich die Landesregierung nicht dazu durchringen, die Mitbestimmung in die Landesverfassung aufzu-

Teildienststellen – und damit einer orts-nahen Personalvertretung – nicht rückgängig gemacht werden soll.

Begrüßenswert ist es dagegen, dass die Kommissaranwärterinnen und -anwärter wieder bei den Personalratswahlen wahlberechtigt sein werden. Vom Tisch ist ebenfalls die zunächst geplante Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre. Zudem wird das Vorstandsprinzip wieder entfallen. Das bedeutet eine Rück-

Mehr Infos:

- Eckpunktepapier des DGB
www.gdp-nrw.de
(Pfad: Infothek, Themen)
- Gesetzentwurf der Landesregierung
www.mik.nrw.de/inn/563.htm



Rot/Grün hält Wort

„Wir nehmen eure Kritik ernst, aber Rot/Grün ist keine Gewerkschaftsregierung“, hatte Thomas Stotko, der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ende Januar bei einer AfA-Veranstaltung zur LPVG-Reform erklärt. Rot/Grün hat sich an sein Versprechen, die von CDU und FDP geschleifte Mitbestimmung wieder herzustellen, gehalten. Sicher, nicht alle Forderungen zur Reform der Mitbestimmung, die die Gewerkschaften bereits im November 2009 als Eckpunktepapier vorgelegt haben, finden sich in dem Gesetzentwurf für das neue LPVG wieder. Aber die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ist endlich kein Fremdwort mehr. Auch wenn nicht alle von Schwarz/Gelb begangenen Grausamkeiten rückgängig gemacht werden sollen. Auch wenn die Gewerkschaften sich durchaus noch mutigere Schritte in Richtung einer wirklich modernen Mitbestimmung gewünscht haben.

Dass die von Schwarz/Gelb geschleiften Mitbestimmungsrechte wiederhergestellt werden, ist gut. Denn auf den öffentlichen Dienst kommen schwierige Zeiten zu. Schon jetzt ist das Personal überall auf Kante genäht, nicht nur bei der Polizei. Aber der Staat muss weiter sparen – nicht nur wegen der Schul-

denbremse. Deshalb ist es gut, dass die Personalräte des öffentlichen Dienstes mit ihrem Arbeitgeber in Zukunft wieder auf Augenhöhe verhandeln können. Dass Einsparungen und Versetzungen nicht einfach „Par ordre du Mufti“ verkündet werden können, sondern dass die Bedingungen verhandelt werden müssen.

Denn Mitbestimmung ist kein Teufelszeug. Eine Erkenntnis, die sich inzwischen selbst in der CDU herumsprechen beginnt. Mitte April hat ihr Arbeitnehmerflügel ohne Wenn und Aber erklärt, dass deren Kappung unter Schwarz/Gelb ein schwerer Fehler war. Sie müsse rückgängig gemacht werden. Jetzt bleibt abzuwarten, ob die CDU im Landtag auch so anstimmt.



Peter Hugo

Das Behördliche Gesundheitsmanagement gilt für alle

Am 25. Oktober 2010 haben Innenminister Ralf Jäger und der PPHR-Vorsitzende Adi Plickert das Rahmenkonzept für das Behördliche Gesundheitsmanagement bei der Polizei (BGMPol) unterzeichnet. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird dort eine Reihe von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung aller Beschäftigten aufgezeigt. Sport wird im BGMPol ausdrücklich als Maßnahme zur Gesundheitsförderung genannt (Ziffer 7.5.1). Mehr noch: Die Teilnahme an Gesundheits- und Präventionssport wird *allen Beschäftigten* empfohlen. Ferner heißt es: Für die Teilnahme an solchen Maßnah-

men „können Beschäftigte freigestellt werden, sofern dies im unmittelbaren dienstlichen Interesse liegt und dies die dienstlichen Erfordernisse erlauben“.

Parallel zum BGMPol ist am 25. Oktober vergangenen Jahres der neue Sporterlass in Kraft getreten. Dieser bezieht sich ausschließlich auf Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. In der Praxis zeigt sich nunmehr, dass die Maßnahmen des Sporterlasses (Zielgruppe PVB) und des Präventionssportes nach dem BGMPol (alle Beschäftigten) in vielen Behörden nicht deutlich von einander getrennt werden. Die Folge: Die Teilnahme an Präventions-

sportmaßnahmen nach dem BGMPol steht vielen Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten nur in der Freizeit offen. Diese Praxis widerspricht aber Geist und Ziel der Dienstvereinbarung BGMPol.

„Die Möglichkeit, dass auch Tarifbeschäftigte am Gesundheitssport teilnehmen können, war eine entscheidende Voraussetzung für die Zustimmung des PPHR zum Rahmenkonzept für das Behördliche Gesundheitsmanagement der Polizei“, stellt PPHR-Vorsitzender Adi Plickert klar. In Ziffer 7.5.1 der Betriebsvereinbarung heißt es deshalb ausdrücklich: An Maßnahmen des *Präventions- und Gesundheitssports*, die die Behörde im Rahmen des Behördlichen Gesundheitsmanagements während der Dienstzeit anbietet, können die Beschäftigten, *ohne Abzug von Stunden*, teilnehmen.

Diese Formulierung wurde gewählt, weil nicht nur Polizeivollzugsbeamte sondern auch Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte älter werden. Präventions-sportmaßnahmen machen deshalb nur dann einen Sinn, wenn alle Beschäftigten daran während ihrer Dienstzeit teilnehmen können. Die GdP dringt deshalb darauf, dass dieser eigentlich selbstverständliche Anspruch endlich in die Praxis umgesetzt wird.



JAV-Wahlen 2011: Wählen gehen!

„Wir für Euch“ – das ist das Motto, unter dem die jungen GdP-Mitglieder bei der JAV-Wahl antreten. „Mitreden, mitbestimmen und die Rechte der Auszubildenden in der Polizei durchsetzen“ – das ist das Ziel der Kandidatinnen und Kandidaten. Interessenvertretung ist kein Bittstellertum, sondern die JAV ist mit Rechten ausgestattet. Um viel zu bewegen, setzen die angehenden Polizeibeamtinnen und -beamten auf eine hohe Wahlbeteiligung. Sie gibt den JAV-Mitgliedern die notwendige Legitimation, um dafür zu kämpfen, Defizite in der Polizeiausbildung in NRW zu beseitigen.

Jugendauszubildendenvertretung ist kein Selbstzweck. Die GdP sieht in ihr ein Instrument, mit dem junge Berufseinsteiger ihre Belange vertreten können. Die Vertreter sind ebenfalls junge Berufsanfänger, die um die Probleme, die sich während des Studiums oder der Berufsausbildung ergeben, wissen. Auch 2011 will die GdP erreichen, dass möglichst viele junge Kolleginnen und Kollegen für die JAV kandidieren – wichtig ist es daneben, dass möglichst viele Wahlberechtigte von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Denn nur eine durch ein starkes Wahlergebnis legitimierte JAV hat auch das Gewicht, die Interessen der Wähler mit Nachdruck zu vertreten.

Bei den letzten Wahlen, im April 2009, hat die GdP vier der fünf Sitze im PHJAV und 79 von 91 Mandaten auf örtlicher Ebene erreicht. Dieses Wahlergebnis verpflichtet natürlich. Schon jetzt bietet die GdP deshalb den neuen JAV-Gremien ihre aktive Unterstützung an. Die GdP ist ei-

ne starke Gemeinschaft, die nicht zuletzt durch die vielen GdP-Mitglieder in Personalvertretungen helfen kann, die Interessen der jungen Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen. In der nun zu Ende gehenden Wahlperiode hat sich die PHJAV zum Beispiel erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Ausbildungsinhalte hinsichtlich des Schusswaffentrainings verbessert werden, sie hat vielen Kolleginnen und Kollegen im Rahmen einer Tauschbörse geholfen, persönliche Versetzungswünsche zu realisieren und sie hat mit dafür Sorge getragen, dass die persönliche Ausrüstung optimiert wurde.

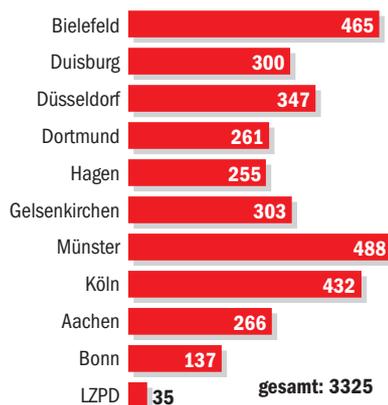
Vor allem bei der weiteren Optimierung des Bachelor-Studiengangs sowie der Realisierung der Verwendungswünsche sind in der nächsten Wahlperiode die JAV und PHJAV gefragt. Die Unterstützung der GdP werden sie dabei haben. Nun ist es an den Wahlberechtigten, „ihren“ Interessenvertretern den Rücken zu stärken. Daher: **Wählen gehen und GdP wählen!**



Zwischen dem 24. und 26. Mai 2011 wählen rund 3300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter sowie Auszubildende im Polizeibereich in NRW ihre Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Eine örtliche JAV gibt es nicht nur in den zehn Ausbildungsbehörden, den Polizeipräsidien Münster, Köln, Duisburg, Gelsenkirchen, Bielefeld, Hagen, Düsseldorf, Aachen, Dortmund und Bonn, sondern auch im LZPD. Zudem entscheidet die Wahl über die Zusammensetzung der Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung im Ministerium für Inneres und Kommunales (PHJAV). Die GdP tritt überall mit einer eigenen Wahlliste an. Die Hälfte aller Spitzenkandidaten sind Frauen.

3300 dürfen wählen

Wahlberechtigte bei der JAV-Wahl 2011



Quelle: Gewerkschaft der Polizei



Neben den zehn Ausbildungsbehörden der Polizei wird auch am LZPD eine örtliche JAV gewählt.

Grundlagen der Arbeit

Gewerkschaften brauchen aktive Mitglieder. Denn nur wenn Gewerkschaften über die Probleme am Arbeitsplatz nicht nur reden, sondern die Probleme lösen, sind sie für ihre Kolleginnen und Kollegen attraktiv. Und sie brauchen unterschiedliche Ideen und Konzepte, was Gewerkschaft heute ausmacht.

Aber Gewerkschaften müssen die unterschiedlichen Meinungen und Interessen ihrer Mitglieder auch bündeln. Sie müssen zum Teil auch widerstreitende Interessen innerhalb der Mitglieder koordinieren und zu einem gemeinsamen Willen zusammenführen. Denn das gibt ihnen die Stärke, um nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch gegenüber der Politik etwas zu bewegen. Deshalb brauchen die Gewerkschaften Regeln für ihre gemeinsame Arbeit.

In der GdP sind die wichtigsten Regeln für die gemeinsame politische Arbeit in den „Grundlagen der Arbeit“ zusammengefasst. Von der Satzung bis zur Versammlungs- und Sitzungsordnung. Vom Frauenförderplan bis zu den Zusatzbestimmungen für die Seniorengruppen. Seit Anfang April gibt es die „Grundlagen der Arbeit“ nicht nur in gedruckter Form, sondern im geschützten Mitgliederbereich der GdP-Homepage auch online.

Die Informationen im geschützten Mitgliederbereich stehen allen GdP-Mitgliedern zur Verfügung. Einzige Voraussetzung: Wer den exklusiven Mitgliederbereich nutzen will, muss sich einmalig anmelden, um ein Passwort für das Login zu erhalten. Das Antragsformular steht auf der GdP-Homepage:

www.gdp-nrw.de (Pfad: Mitglieder)



GdP legt Kriterien für Kräfteverteilung vor

Ende August werden erstmals 1100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter nach ihrem Studium auf die einzelnen Behörden verteilt. Weil es in der Vergangenheit immer wieder Kritik an der Personalbedarfsberechnung und am Nachersatzverfahren des Ministeriums gegeben hat, hat der Landesvorstand der GdP eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Alternativen zur bisherigen Bedarfsberechnung geprüft hat.

Um die Kritik an der BKV beurteilen zu können, muss man sich bewusst machen, dass die BKV selbst erst vor wenigen Jahren entstanden ist. Bis 1996 gab es in NRW kein an objektiven Maßstäben ausgerichtetes Verteilsystem. Die Personalzuweisungen erfolgten stattdessen mit Hilfe politisch gesteuerter Parameter. Sie hingen damit auch von „guten Beziehungen“ ab. Das sollte durch die 1996 eingeführte BKV geändert werden. Die BKV folgt dem Anspruch, dass die personellen Ressourcen der Polizei dort konzentriert werden, wo der größte Bedarf besteht. Seither wird das für das im Nachersatzverfahren zu

verteilende Personal auf Grund des Kriminalitäts- und Unfallgeschehens festgelegt. Hinzu kommen Sockelstellen. Zudem bekommen einzelne Behörden, die Aufgaben für andere Behörden wahrnehmen, zusätzliche Stellen zugewiesen. Auch für individuelle Besonderheiten wie den Personen- und Objektschutz, die Landeshauptstadt, die Wasserschutzpolizei und die Bereitschaftspolizei gibt es Zuschläge.

Von Anfang an in der Kritik

Dennoch gab es von Anfang an Kritik an der BKV. Die Vorwürfe lauten:

- Bei der BKV handele sich um eine reine Kräfteverteilung und nicht um eine aufgabenbezogene Bedarfsanalyse.
- Durch die vielen Sockelstellen werde die Gestaltungsfreiheit der Behörden eingeschränkt.
- Bei der fallbezogenen Kräftezuweisung erfolge keine Gewichtung nach der Schwere der Delikte.
- Einzelne Spitzen in der PKS (z. B. eBay-Verfahren) würden in ihren Auswirkungen nicht richtig erfasst.
- Hohe Krankenstände und die unterschiedliche Altersstruktur werde unberücksichtigt gelassen.
- Und schließlich: Gute Arbeit und positive Ergebnisse würden sich bei der Berechnung des Bedarfs im Folgejahr negativ auswirken.

Die anderen Bundesländer gehen bei der Berechnung der Kräftezuweisung andere, höchst unterschiedliche Wege. Die Kriterien reichen von der Berücksichtigung der Einwohnerzahl bis zur Zahl der Schul-

Anzeige

Wir sind ein **Dienstleistungsservice** der für Sie alles rund um die

- Beihilfebeantragung (auch für Pflege) und Beihilfegewährung (nach dem jeweils gültigen Beihilferecht) sowie
- Leistungsanträge an Krankenversicherer und deren Leistungsmittelung (nach den jeweils gültigen Tarifen)

bearbeitet und erledigt.

Dazu gehören u. a. auch Überprüfung von Beihilfebescheiden und Leistungsmittelungen, Widersprüche, Schriftverkehr im Rahmen der Beihilfegewährung bzw. -verfahrens oder im Zusammenhang mit der Kostenerstattung durch den Krankenversicherer.

Bei Krankheits- und Pflegefällen beantragen wir für Sie

- Heilbehandlungen
- beihilfefähige Hilfsmittel
- stationäre Rehabilitations- und Kurmaßnahmen

und erledigen den dazugehörigen Schriftverkehr.

Endlich ! Hilfe bei der Beihilfe !

Dienstleistungsservice für
Beihilfeberechtigte und Privatversicherte
Roswitha Reske-Hähn
Am Wacholderbusch 19
48493 Wettringen
Tel. 0201 / 458 44 270 (Anrufbeantworter)
roswitha.reske@web.de

Wir sind in Kürze auch mit einer eigenen Web-Site im Internet vertreten



klassen. Von der Zahl der Autobahnkilometer über die Schwere der Straftaten bis hin zur Reaktionszeit im Einsatzfall. Ein für NRW attraktives alternatives Berechnungsmodell hat die Arbeitsgruppe daraus aber nicht ableiten können.

Zentrale Empfehlungen der Arbeitsgruppe

Nach der Auswertung der Kritik und dem Vergleich mit den Berechnungsmethoden anderer Länder kommt die GdP-interne AG deshalb zu dem Ergebnis, dass das derzeitige System der BKV zwar optimierungsbedürftig ist, dass es unter den gegebenen Umständen aber alternativlos ist, um das vorhandene Personal gerecht zu verteilen.

Im Einzelnen schlägt die Arbeitsgruppe für künftige Nachersatzverfahren folgende Schrittfolge vor:

1. Weil alle Behörden Probleme mit der Altersstruktur haben, soll in Zukunft keine Behörde mehr Personal verlieren. Deshalb bekommt jede Behörde in Zukunft in einem ersten Berechnungsschritt mindestens eine Stelle mehr, als sie bislang hatte.

2. Danach wird ermittelt, ob es Behörden mit einer besonderen Problematik gibt. Dies könnte z. B. die spezifische Belastungssituation der Landeshauptstadt sein. Oder Nachersatzproblematik bei der Bereitschaftspolizei.

3. Der restliche Nachersatz wird nach demographischen Gesichtspunkten verteilt. Um dabei eine gewisse Stetigkeit zu erzielen, bietet sich an, die durchschnittlichen Pensionierungen der nächsten fünf Jahre zugrunde zu legen. Sollte der Durchschnitt in einzelnen Jahren in einer Behörde zu deren Nachteil führen (mehr Pensionierungen als Zuweisungen), wird dieser Mehrbedarf unter Punkt 2 als Besonderheit berücksichtigt.

Landesweites Versetzungsverfahren

Zudem kommt die AG zu dem Ergebnis, dass das landesweite persönliche Versetzungsverfahren nur dann außer Kraft gesetzt werden sollte, wenn dies aus demographischen Gesichtspunkten zwingend erforderlich ist. Voraussetzung dafür ist, dass das Innenministerium die Altersstrukturdaten der Versetzungsliste jeder einzelnen Behörde bewertet. Weiter ist zu gewährleisten, dass zunächst die Bewerber aus dem Versetzungsverfahren berücksichtigt werden, erst dann die Fachhochschüler.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Wir sind die GdP



Bereits zum 7. Mal in Folge haben sich Ende März die Einsatzhundertschaften aus NRW zum Hallenfußballturnier der GdP getroffen. 17 der 18 Hundertschaften waren diesmal mit dabei, das ist rekordverdächtig. Und wieder war es die 17. BPH aus Münster, die den Siegerpokal abgeräumt hat. „Der Altersschnitt bei unserer Mannschaft liegt bei 34 Jahren. Aber das ist kein Altherrenspiel, sondern ein Prestige-Turnier“, betont Christian Dauke vom Münsteraner Siegerteam (Foto). „Der Pokal ist schon was. Aber vor allem die Atmosphäre zählt.“

Eine Erfahrung, die von den anderen Mannschaften geteilt wird. Carlo Brammertz von der zweitplatzierten 1. BPH aus Wuppertal schätzt an dem Turnier vor allem den „familiären Charakter“. „Die Hundertschaften sehen sich zwar ständig bei den Einsätzen, aber jede BPH arbeitet anders“, sagt Brammertz. „Da ist es gut, sich mal abseits von den Demos zu treffen. Für Gespräche, für die sonst keine Zeit bleibt.“ Dass es dennoch auch in diesem Jahr nur zum zweiten Platz gereicht hat, nimmt Carlo Brammertz sportlich. „Gegen Münster verlieren wir regelmäßig“, stellt er nüchtern fest.

Organisiert wurde das Turnier auch von Theo Mayer, dem langjährigen Werbe sekretär des Landesbezirks. Für Theo war es das letzte Fußballturnier. Ende Mai scheidet er nach fast vier Jahrzehnten bei der GdP aus dem aktiven Berufsleben aus. Was sich 2012 beim Hallenfußballturnier sonst noch ändert? „Vielleicht haben wir bald auch Frauen mit dabei. Immerhin sind inzwischen 40 Prozent der Bepo-Mitglieder Frauen“, sagt Carlo Brammertz. „Aber dann als eigenes Team“, setzt er hinzu.

GdP aktiv

3. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Hamm, 16.00 Uhr, Bürgerkeller der AWO, Ostenwall 60, Hamm

3. 5., Skatturnier der Kreisgruppe Coesfeld, 17.15 Uhr, Hotel am Münster-tor, Münsterstr. 59, Coesfeld

1. 5., Geführter Ausstellungsbesuch „Max Liebermann“, 14.30 Uhr, Foyer Bundeskunsthalle, Friedrich-Ebert-Allee 4, Bonn. Eigenbeitrag: GdP-Mitglieder 8,00 Euro/Nichtmitglieder 10,00 Euro, Anmeldung: Koll. Bernd Pichler, Tel.: 22 41/31 22

18. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Solingen, 15.00 Uhr, Steakhäuser Wasserturm, Schlagbaumer Straße 125, Solingen

18. 5., Außerordentliche Mitgliederversammlung der **Kreisgruppe Dortmund, 14.00 Uhr, Dortmunder Stadtwerke, Werksaal, Von-den-Berken-Str. 10, Dortmund. Es wird ein neuer Kreisgruppenvorsitzender gewählt.**

26. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16.30 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Straße, Goch



Grüne sagen Unterstützung bei Toi-Kws zu

„Petra“ heißt die Skandal-Figur des Dresdener Kunststudenten Marcel Walldorf, die eine mitten im Einsatz in einer Ecke hockende Polizistin beim Pinkeln zeigt. Was für den einen Kunst ist, ist im wirklichen Leben ein Skandal: das Fehlen von Toilettenwagen bei den Großeinsätzen der Polizei. Auch in NRW gibt es bei den sich oft über den ganzen Tag hinziehenden Einsätzen der Hundertschaften für die eingesetzten Beamtinnen und Beamten häufig keine Möglichkeit zum Toilettenbesuch.

Geht es nach der Vorsitzenden des Düsseldorfener Innenausschusses, Monika Düker (Bündnis 90/Die Grünen), soll dieser Skandal allerdings bald der Vergangenheit angehören. In einem Gespräch mit dem Landesfrauenvorstand der GdP hat Düker Ende März zugesagt, dass die diskriminierende Situation von „toilettenfreien Zonen“ bei den Großeinsätzen der Polizei schnell beendet werden wird. Die Innenpolitikerin der Grünen unterstützt die GdP-Forderung

nach Anschaffung von Toilettenwagen für die Einsatzhundertschaften, sogenannter Toi-Kws.

Ein weiteres Thema des rund zweistündigen Meinungsaustauschs zwischen den GdP-Frauen und Vertreterinnen der Grünen-Landtagsfraktion, an dem auch die frauenpolitische Sprecherin der Grünen, Verena Schäffer, teilgenommen hat, waren die Aufstiegschancen von Frauen bei der Polizei. GdP und Bündnis 90/Die Grünen fordern gemeinsam, dass

deren Anteil vom Innenministerium genauer erfasst wird, um auf dieser Grundlage weitere Handlungsschritte entwickeln zu können.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 10. 5. Erna Klingenburg, Mülheim
- 11. 5. Gerda Klein, Bochum
- Hildegard Woiczik, Dortmund
- 24. 5. Else Hummeltenberg, Hückeswagen
- Elisabeth Menzel, Siegen
- 30. 5. Ruth Franciszkowski, Dortmund
- 31. 5. Hanna Knollmann, Gütersloh

91. Geburtstag

- 2. 5. Anna Maria Reinhard, Bensheim
- 3. 5. Marianne Dievernich, Essen
- 6. 5. Eduard Achnitz, Köln
- 10. 5. Adalbert Schaffneir, Osnabrück
- 19. 5. Walter Felchner, Mülheim

92. Geburtstag

- 8. 5. Maria Erika Schneider, Remscheid
- 22. 5. Margarethe Schulitz, Mülheim
- 23. 5. Cäcilie Alex, Bad Neuenahr-Ahrweiler
- 25. 5. Magdalene Kromer, Leichlingen
- 26. 5. Elsbeth Pohl, Moers

93. Geburtstag

- 3. 5. Joseph Blum, Kelberg

- Fritz Scheffler, Münster
- 12. 5. Elisabeth Dierkes, Wuppertal
- 13. 5. Gertrud Koch, Remscheid
- 17. 5. Maria Panz, Mülheim
- 23. 5. Hildegard Topel, Essen

94. Geburtstag

- 13. 5. Hildegard Gronostey, Baesweiler
- 16. 5. Erna Wotka, Minden

95. Geburtstag

- 9. 5. Ernst Bolte, Hamm
- 27. 5. Therese Steinhoff, Bochum

97. Geburtstag

- 20. 5. Wilhelm Breil, Bochum

98. Geburtstag

- 15. 5. Anna Krückel, Baesweiler
- 23. 5. Hildegard Steinhoff, Kamen

99. Geburtstag

- 27. 5. Klara Bosbach, Essen

101. Geburtstag

- 31. 5. Margarete Pfeifers, Gelsenkirchen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01 32
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe ist der 8. Januar.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Jetzt mit alltours ab in die Sonne!

Türk. Riviera, Side

Hotel Bella Resort ****



- Direkt am kilometerlangen Sandstrand
- Üppiger Garten mit großem Swimmingpool
- Helle und freundlich eingerichtete Zimmer

1 Wo. DZ/AI ab **486,- €** p.P.

Mallorca, Paguera

DeLuxe Hotel Palmira Beach ****



- Nur wenige Meter zum feinen Sandstrand
- Großzügige Poollandschaft
- Komfortabel und ansprechend eingerichtete Zimmer

1 Wo. DZ/HP ab **721,- €** p.P.



Buchbar bei Ihrem GdP Reiseservice:

Tel. 0211/2 91 01-44 -45 -64

Fax 0211/2 91 01-15

www.gdp-reiseservice.de



alltours alles. aber günstig.



NRW-Vertreter für den Bund

Um schneller und flexibler auf die sich rasch ändernden Anforderungen an die Polizei reagieren zu können, hat der Landesbezirk NRW im vergangenen Jahr die bisherigen Landesfachausschüsse durch themen- und projektbezogene Arbeitsgruppen ersetzt. Weil die GdP auf Bundesebene diesen Schritt noch nicht vollzogen hat, hat der Landesbezirk jetzt die NRW-Vertreter für Bundesfachausschüsse für die neue Legislaturperiode benannt: Wolfgang Spies vertritt den Landesbezirk in Zukunft im Bundesfachausschuss Kriminalpolizei, Volker Huß im Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht. Alle übrigen NRW-Vertreter wurden erneut bestätigt. Adi Plickert für den Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei, Peter Hugo für die Schutzpolizei, Achim Blömacher für die Wasserschutzpolizei, Leo Weskamp für die Polizeiverwaltung und Heinrich Senkowski für den Bundesfachausschuss Haushalt und Finanzen.

Vertreten werden die NRW-Interessen beim Bund zudem von den gewählten Vorstandsmitgliedern aus NRW: Frank Richter ist neben seiner Funktion als Landesbezirksvorsitzender auch stellvertretender Bundesvorsitzender. Zudem gehören Peter Hugo und für die Senioren Anton Wiemers dem Bundesvorstand an.

Tauschpartner für Verwendung im BKA gesucht

Kriminalkommissar im Bundeskriminalamt sucht aus familiären Gründen Tauschpartner (A 9/A 10) aus NRW. Ob Bereich S oder K spielt keine Rolle. Dienstorte sind Berlin, Wiesbaden oder Meckenheim (bei Bonn).

Kontakt per E-Mail: pvb@seeu.de

Werbeaktion 2011 Glücksnummern des Monats

45 19225
Yvonne Bosawe, Bielefeld
45 17327
Ernst-Willi Peters, Viersen
45 18203
Carina Schütte, Köln
45 89363
Vanessa Kolbert, Düsseldorf

Die Gewinner erhalten einen Auto-Isolierbecher „Car-Cup“.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

25. Mai, Frühjahrswanderung (auch für Ungeübte), anschließend Kaffee und Kuchen, Treffpunkt: 12.00 Uhr, Teverener Heide, Parkplatz Grotenrath

Kreisgruppe Bielefeld

26. Mai, Radtour zum Bähnischsee, Treffpunkt: 10.00 Uhr, Gasthof Gröppel, Gütersloher Str. 362, Bielefeld

Kreisgruppe Coesfeld

25. Mai, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.30 Uhr, St. Barbara Haus, Kapellenweg 75, Dülmen

Kreisgruppe Hamm

Der Seniorentermin für die KG Hamm findet ab sofort jeden 3. Dienstag im Monat statt. Treffpunkt: 16.00 Uhr, Gaststätte Kaiserquelle, Werler Str. 11, Hamm

Kreisgruppe Höxter

25. Mai, Frühjahrsstreffen der Senioren mit Partnerin, Treffpunkt: 14.30 Uhr, Hotel Löseke, Sonnenbrink 2, Brakel

Kreisgruppe Köln

19. Mai, Jahreshauptversammlung Senioren (ohne Neuwahlen), anschließend stellt Klaus-Peter Schmottlach, Signal Iduna, die neuesten Versicherungsverträge vor. Partner und jüngere Kollegen und Kolleginnen sind willkommen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., Köln

Kreisgruppe Soest

16. Mai, Seniorentreffen, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafé, Am Stadtpark 1, 59494 Soest

NACHRUF

Fritz Adelman	12. 10. 1930	Bonn	Benita Pahnke	2. 1. 1950	Münster
Margarete Bierhals	8. 9. 1924	Heinsberg	Reinhold Pletzke	3. 4. 1922	Essen/Mülheim
Erna Brähler	13. 8. 1922	Recklinghausen	Herbert Preuß	7. 10. 1930	Dortmund
Richard Donath	30. 11. 1914	Recklinghausen	Ferdinand Rehm	14. 3. 1924	Düsseldorf
Grete Eichholz	1. 6. 1922	Paderborn	Charlotte Reinert	3. 5. 1922	Bochum
Ernst Fleischer	5. 7. 1925	Köln	Ursula Roßkothen	20. 8. 1936	Wuppertal
Harald Grasse	8. 2. 1942	Wesel	Martha Schlenz	28. 12. 1924	Euskirchen
Anneliese Grzeschik	3. 8. 1925	Coesfeld	Elisabeth Schmitt	7. 11. 1919	Hochsauerlandkreis
Gerhard Has	5. 1. 1924	Bielefeld	Jürgen Schroers	20. 8. 1940	Neuss
Bettina Höltke	14. 4. 1960	Lippe	Günter Schulhof	6. 9. 1932	Borken
Werner Joppke	19. 5. 1934	BR Detmold	Charlotte Schwarze	9. 10. 1919	Bielefeld
Hubertine Josten	14. 8. 1923	Mönchengladbach	Meinolf Thöne	29. 6. 1916	Paderborn
Karl Jung	14. 4. 1922	Recklinghausen	Werner Tischkewitz	22. 6. 1930	Wesel
Gunter Kersten	14. 3. 1969	Düsseldorf	Herbert Vögeding	21. 4. 1921	Wuppertal
Jürgen Kintrup	17. 9. 1961	Autobahnpolizei Münster	Karl-Josef Wagner	23. 7. 1925	Rheinisch Bergischer Kreis
Klara Kleine	4. 5. 1918	Essen/Mülheim			
Karla Landsteiner	22. 9. 1921	Essen/Mülheim	Helene Werner	25. 2. 1919	Kleve
Helga Lange	12. 3. 1942	Bonn	Helmut Woitschek	3. 5. 1930	Hochsauerlandkreis
Joachim Löckener	31. 12. 1957	Gütersloh	Johannes Wozniak	22. 4. 1930	Düsseldorf
Udo Odendahl	28. 3. 1944	Wuppertal			

